

gen, an denen Tausende Jobs hängen, läßt Scharping sich Ärger mit Ministerpräsidenten, Abgeordneten und Soldaten zugleich auf den Hals. Vorsorglich warb der Kanzler im Kabinett auch deswegen um Solidarität: „Es geht nicht, dass der Verteidigungsminister auf aller Wunsch die Bundeswehr verkleinert – und dann lässt man ihn mit den Konflikten allein.“

Mit Finanzminister Hans Eichel, der bei der Kabinettsitzung fehlte, ist Scharping aufs Neue in Scharmützel ums Geld verwickelt. Planer in Scharpings Ressort fordern für den Haushalt 2002 einige hundert Millionen Mark Nachschlag zu den bislang veranschlagten Ausgaben von 46,5 Milliarden Mark. Ohne zusätzliches Geld seien steigende Besoldungskosten und moderne Ausrüstung nicht zu finanzieren. Eine Erhöhung des Wehretats wollen Eichel und die Grünen aber nicht zulassen.

Der Finanzminister schickte sich laut eines internen Vermerks des Scharping-Ressorts sogar an, „einem wichtigen Eckpfeiler“ der Bundeswehrreform „den Boden zu entziehen“: Er lehnte Pläne Scharpings ab, die Bezahlung für Mannschaften und junge Offiziere zu verbessern.

Scharpings Intervention bei Eichel endete nur mit einem Mini-Erfolg: Der Finanzminister versprach, sich die Sache „anzuschauen“. Davon, dass er sich mit Scharping „einig“ sei, wie der im Parlament am Freitag übertrieb, sei keine Rede.

Die Debatte um mögliche Krebsrisiken beim Balkan-Einsatz und an Radaranlagen könnte Scharping noch ein weiteres ungeahntes Problem schaffen: Die Bewerberzahlen für die Bundeswehr gehen womöglich deswegen noch weiter zurück, die Kriegsdienstverweigerung steigt vermutlich auf neue Rekordhöhen. Das könnte die Wehrpflicht, Grundpfeiler von Scharpings Bundeswehrreform, endgültig zu Fall bringen.

Ausgerechnet prominente Sozialdemokraten wie Bundespräsident Johannes Rau und der Wehrbeauftragte Willfried Penner haben zudem zum Verdross Scharpings eine neue Diskussion um die Legitimation des Zwangsdiensts für junge Männer angezettelt.

Fast sehlich warten Fachleute in Berlin schon auf den Ernstfall – eine Verfassungsbeschwerde: Ein junger Mann könnte den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes verletzt sehen, weil bald weit weniger Männer in die Kasernen einrücken müssen als je zuvor.

In Militärdingen versierte Juristen sind überzeugt, dass der zuständige Senat des Karlsruher Verfassungsgerichts eine einstweilige Anordnung wider die Wehrpflicht erlassen würde: Scharpings Bundeswehrreform wäre vollends gescheitert. Dann wäre, so die düstere Prognose eines Minister-Gehilfen, „bei uns endgültig ‚Land unter‘“.

ULRICH DEUPMANN,  
ALEXANDER SZANDAR



Strahlenmessung bei serbischem Panzerwrack im Kosovo: „Das war nie Kommandeursache“

URAN-MUNITION

## Waffen aus der Atomfabrik

Beim Einsatz in Somalia schossen die Amerikaner mit jener giftigen Munition, die auch auf deutschem Boden getestet wurde – und warnten heftig vor dem Umgang damit.

Das Wissen über das tödliche Wafengift steckte im Internet. Am 20. Januar 2000 hatte das US-Energieministerium in einer schriftlichen Antwort an Tara Thornton von der Umweltgruppe „Military Toxics Project“ offenbart, man müsse „normalerweise davon ausgehen, dass abgereichertes Uran Spuren von Plutonium enthält“.

Die bisher gängige Erklärung, die von den US-Truppen verwendete Uran-Munition sei ungefährlich, setzte das Ministerium nebenbei außer Kraft. „Die größten gesundheitlichen Bedenken werden vom Uran und nicht von den Plutoniumspuren ausgelöst.“ Noch deutlicher wird das Radiobiologische Forschungsinstitut der US-Streitkräfte: „Es gibt überzeugende Belege, die eine detaillierte Studie der Krebsgefahr durch DU erforderlich machen.“

Die Dokumente stehen im Internet und hätten die Experten von Verteidigungsminister Rudolf Scharping in helle Aufregung versetzen müssen. Doch die kannten sie nicht: Bis vor kurzem verfügte kaum jemand im Verteidigungsministerium über einen Internet-Anschluss.

Die Information aus dem Netz ist alarmierend. Beim Aufprall der Geschosse auf das Ziel wird nicht nur giftiges, schwach strahlendes Uranoxid freigesetzt. Es ist nach der neuen Erkenntnis auch durchmischt von Plutoniumpartikeln, die fast schon den sicheren Tod bedeuten, wenn sie durch die Lunge oder offene Wunden in den menschlichen Körper gelangen.

Die extrem giftige Verunreinigung ist dadurch entstanden, dass die Amerikaner offenbar abgereichertes Uran (DU) für ihre



Deutsche Soldaten in Somalia (1993)  
Warnung nur für US-Streitkräfte

Waffen auch aus der Wiederaufarbeitung von Reaktorbrennstoff abgezweigt haben, das mit Plutonium verunreinigt ist. 57 000-mal stärker strahlend als DU, richtet es im Körper Verwüstung an.

Für wie gefährlich die US-Militärs ihre Uran-Waffe selbst hielten, offenbarten Warnungen für den Umgang mit Opfern der Munition. Der Rüstungskritiker Otfried Nassauer entdeckte in der umfangreichen Aktensammlung und den elektronischen Dateien seines Berliner Informationszentrums für transatlantische Sicherheit (Bits) jetzt nämlich Hinweise auf einen bislang unbekanntem Einsatz von Uran-Munition – 1993 im ostafrikanischen Somalia.

In einem Fernschreiben an die US-Truppen in Mogadischu warnte im Oktober 1993 das Hauptquartier in Washington: Sanitäter könnten auf Soldaten treffen, „die in ungewöhnlich großem Umfang abgereichertem Uran ausgesetzt gewesen sind“. Verwendet wurde das Giftzeug –

sonst macht die Dienstanweisung keinen Sinn.

Darin versichert die militärische Führung, der „normale Umgang“ mit DU-Munition verursache „keinerlei medizinische Probleme“. Die seien auch nicht von „ungewöhnlichem Kontakt“ zu erwarten.

Die Verhaltensanweisungen entlarven das als pure Verharmlosung: Einer Sonderbehandlung sollten alle Soldaten unterzogen werden, die „DU-Staub eingeatmet haben, deren Wunden von DU-Staub oder -Bruchstücken verunreinigt wurden“, die sich „im Rauch aufgehalten haben“ von brennenden Fahrzeugen und Depots, in denen DU-Munition lag, oder die „in einer Umgebung gearbeitet haben, in der sich DU-Staub oder Rückstände eines DU-Brandes befanden“, sowie alle, die ein „Gebäude oder Fahrzeug betreten haben, das von DU-Geschossen getroffen wurde“.

Für diese Soldaten werden umfangreiche Tests und Urinproben angeordnet. Geradezu irrwitzig muten die Verpackungsvorschriften an für den Urin von Soldaten, denen doch angeblich durch DU keinerlei Gefahr droht:

Jede Probe müsse in einem „absolut dichten Ein-Liter-Behälter versiegelt“ und zusätzlich in einem zweiten, „ebenfalls wasserdichten Gefäß“ verwahrt werden, das „genügend saugfähiges Material enthält, um die gesamte Probe aufnehmen zu können, sollte sie doch auslaufen“. Die Sendung müsse zudem in einem „widerstandsfähigen Karton“ verpackt und rundum mit Warnschildern beklebt sein, die auf „biologische Gefahr“ (biohazard) hinweisen.

Während Washington seine eigenen Soldaten vor Gesundheitsrisiken warnte, erfuhren weder die Uno noch die im Auftrag der Weltorganisation dort Friedensdienst schiebenden Truppen, geschweige denn die einheimische Bevölkerung, von der Gefahr.

Der damalige Somalia-Wächter und spätere Kommandeur der deutschen Kosovo-Truppen, General a. D. Helmut Harff, versicherte, ihm sei damals „nichts gesagt worden, weder von den Amerikanern noch aus der Heimat“. Auch vor und während des Einmarsches in den Kosovo sei Uran „nie Kommandeursache“ gewesen.

Das belegt die fragwürdige Platzierung eines Hinweises vom 14. Juni 1999, den Scharping jetzt stolz als Beweis dafür anführt, dass die Truppe stets „in vollem Umfang“ informiert gewesen sei. Auf Seite 3 einer 17-seitigen Tagesweisung fin-

den sich ganze sechs Zeilen über „mögliche Gefährdung“ durch DU-Munition – eingeklemmt zwischen Absätzen über die Herabstufung von Tagesberichten und defekten Kaffeemaschinen.

Scharping schimpfte indes auf die Informationspolitik der USA und bat den US-Gesandten zum Gespräch. Der gab sich zwar hilfsbereit, aber, resümierte ein Minister-Gehilfe: „Im Ernst ist den Amerikanern das schnurz.“ Sie meinten, die Hysterie in Deutschland werde bald abebben.

Während sich der Wehrminister wegen Somalia weiter an der sperrigen Vormacht reiben kann, bringt ihn selbst womöglich etwas anderes in arge Bedrängnis. Die ver-

trauliche Ministerialvorlage vom März 2000, aus welcher der SPIEGEL vergangene Woche über insgesamt 149 Vorgänge berichtete, die von 1989 bis Anfang 2000 im deutschen Verteidigungsministerium in Sachen DU angefallen sind, zeigt auf dem Deckblatt zwei handschriftliche Notizen:

Die eine, an „Herrn Staatssekretär Dr. Wichert“, heischt nach Anerkennung: „Dieser Auftrag war eine Herausforderung, die wir hoffentlich in der Kürze der Zeit angemessen angenommen haben.“

Anlass für die Eile könnte eine von der PDS eingereichte parlamentarische Anfrage geboten haben. Vielleicht verlangte aber auch ein besonderes Vorkommnis schnelle

Bearbeitung: Am 20. März 2000 hatte das Heeresführungskommando gemeldet, bei drei Soldaten seien erhöhte Blutwerte festgestellt worden, die „möglicherweise auch auf radioaktive Strahlung“ zurückgeführt werden könnten.

Brisanter noch scheint die Replik im Auftrag des Adressaten auf der Vorlage: „War aber nötig! Vielen Dank, die Luftwaffe verschießt das Zeug ja auch!“ Wusste der ranghöchste Beamte des Ministeriums nicht, was die Truppe tut? Oder wusste er es vielleicht besser als sein Minister? Scharping hat noch in der vorigen Woche Parlament und Öffentlichkeit versichert, die Bundeswehr habe DU-Munition nie besessen.

Verschossen wurde das Giftzeug allerdings auch auf deutschem Boden. Ende der Woche räumte die Rüstungsfirma Rheinmetall ein, sie habe Anfang der siebziger Jahre DU-Munition im niedersächsischen Unterlüß erprobt. Ein Göttinger Professor berichtete dem SPIEGEL, Rheinmetall habe ihm „1972/73 angeboten, Testschüsse mit verschiedenen Projektilen zu beobachten, die von der Firma aus abgereichertem Uran angefertigt worden waren“. Im oberbayerischen Schrobenhausen testete der Rüstungskonzern MBB sogar 17 Jahre lang bis 1996 DU-Munition.

Am Freitag bekam Scharping vom Hauptquartier der US-Truppen in Deutschland immerhin die Zusage, neun Vorfällen aus den Jahren 1981 bis 1990 nachzugehen, bei denen die heimtückische DU-Munition im Spiel gewesen sein könnte: Panzer mit DU-Granaten in Kasernen oder Übungsplätzen ausgebrannt, DU-Munition verschossen.

Die Liste der „Zwischenfälle“ war allerdings so neu nicht: Sie lag seit August 1996 im Verteidigungsministerium in Bonn.

SIEGSMUND VON ILSEMANN

